

Auf der Suche nach Plan B



Das US-Militär will das 62 Hektar große Gelände der Housing mit seinen 50 Kasernenblocks im September 2018 freigeben. TV-Foto: Portaflug Foto: (e_bit)

(Bitburg) Was wird aus der Housing, nachdem der große Traum von einer Landesgartenschau begraben worden ist? Wie ein Gespräch der Kommunen mit der Bundesanstalt für Immobilien ergeben hat, ist Plan A noch nicht ganz vom Tisch.

06.03.2017
Christian Moeris

Bitburg Aus der Landesgartenschau (LGS), für die sich die Stadt Bitburg gemeinsam mit dem Landkreis beworben hatte, ist - zumindest für die Eifel - nichts geworden. Dennoch wollen die Amerikaner das Kasernengelände der Housing, das für die LGS umgestaltet werden sollte, bald räumen. Allerdings erst im September 2018, wie nun bekannt wurde, und nicht schon in diesem Jahr. Obwohl Bitburg nicht den Zuschlag für die Landesgartenschau 2022 erhalten hat, der nach Bad Neuenahr-Ahrweiler ging, muss man sich in Stadt, Kreis - und neuerdings auch in der Verbandsgemeinde Bitburger Land, die bei der Planung zur LGS nicht mit im Boot war - nun trotzdem dazu Gedanken machen, was man mit dem Areal machen will und kann.

Denn die Aufgabe allein der Bundesanstalt für Immobilien (Bima) zu überlassen, die das 62 Hektar große Kasernengelände 2018 übertragen bekommen soll, dafür ist das Gelände städtebaulich zu bedeutend. Denn für viele Lokalpolitiker - das ist kein Geheimnis - wäre es ein Schreckensszenario, wenn die Bima das Areal einfach an den meistbietenden

Investor verkaufen würde, der die Kasernengebäude in billigen und minderwertigen Wohnraum umwandeln könnte. Sie fürchten, auf der Housing könnte so ein abgetrennter Wohnbezirk, in dem Block an Block steht, und damit eine Art Ghetto entstehen, das sich nicht nur städtebaulich, sondern auch sozial vom Stadtgebiet negativ abgrenzen würde. Sie wünschen sich stattdessen einen großen Park, etwas Gewerbe, Mehrfamilien-Wohnen, ein Neubaugebiet für Mötsch und vor allem viel Abriss - so wie es mit dem Konzept für die Landesgartenschau präsentiert wurde (der TV berichtete).

Deshalb wollen die Stadt Bitburg, der Eifelkreis und die Verbandsgemeind Bitburger Land die Entwicklung des Areals mit der Bima gemeinsam in die Hand nehmen.

Nachdem die große Idee von der Landesgartenschau begraben worden ist, begeben sie sich nun auf die Suche nach einem Plan B.

Dazu Landrat Joachim Streit: "Bei der Neuordnung einer derart großen und im Baubestand äußerst schwierigen Liegenschaft sind die Entwicklungsinteressen der Stadt Bitburg, aber auch die Belange des Umlandes angemessen zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund trete ich dafür ein, zur Bewältigung der großen Herausforderungen den bewährten Weg einer interkommunalen Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbandes zu beschreiten."

Ob diese Zusammenarbeit über den bereits bestehenden Zweckverband Flugplatz Bitburg laufen könne, solle geprüft werden, sagt Bürgermeister Joachim Kandels. Doch was soll mit dem Gelände der Housing und den Bauten darauf geschehen? Und muss man Plan A, allein weil aus der Gartenschau nichts wird, völlig verwerfen?

Kandels: "Auch wenn die Landesgartenschau als ein wichtiger Impulsgeber entfallen ist, konnten aus der Bewerbung und dem gesamten Verfahren viele Erkenntnisse für die Konversion gezogen werden. Die Planungen für die LGS-Bewerbung weisen eine hohe städtebauliche Qualität auf, und daher stimmen alle Partner darin überein, dass an den Grundzügen dieses Konzeptes so weit wie möglich festgehalten werden sollte."

Damit wäre Plan A also doch nicht so ganz vom Tisch. Das wäre auch schlecht. Denn das Konzept, das für die LGS erarbeitet wurde, hat den Steuerzahler schließlich 150 000 Euro gekostet. In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklären die Beteiligten: "In einem ersten Gespräch haben die Kommunen mit der Bima als wichtiges Ziel formuliert, die bisherige Konzeption weiterzuentwickeln, ohne die Stärken und Vorzüge der Planung aufzugeben."

In einem ersten Schritt solle eine umfassende Machbarkeitsstudie durchgeführt werden, "die auf der Grundlage einer detaillierten Situations- und Marktanalyse in verschiedenen Nutzungs- und Entwicklungsszenarien mündet." Kandels erklärt dazu: "Die Kritik an dem Konzept für die Landesgartenschau war ja, dass es ein sehr teures Konzept ist. Die Frage ist nun: Bekommen wir das auch günstiger hin?" Für die Landesgartenschau habe man vergleichsweise wenig Zeit gehabt, ein Konzept zu erarbeiten, was jetzt mehr Zeit in Anspruch nehmen könne. Zu den etwaigen Kosten einer Machbarkeitsstudie, die man gemeinsam auf den Weg bringen will, können die Beteiligten noch keine Zahlen nennen. Die Bundesanstalt für Immobilien, so erklärt Verkaufsleiter Claus Niebelschütz, könne sich jedenfalls vorstellen, die Studie bis zu einem Anteil von 50 Prozent zu fördern. Das Land hat ebenfalls schon eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

